

Öffentliches Recht und Europarecht AKTUELL

48/2015 27.11.2015

REDAKTIONELLE LEITUNG:

Assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler / Assoz. Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer

Neu:



Harald Lidauer

[Das Demokratieprinzip](#)

Die Monografie stellt einen rechtshistorischen Beitrag zur Entwicklungsgeschichte des Demokratieprinzips in Österreich im 19. und beginnenden 20. Jahrhundert dar, wobei dieser Abschnitt systematisch und chronologisch aufgearbeitet wird. Dabei richtet sich der Fokus nicht nur auf die Ebene des Gesamtstaates, sondern gleichermaßen auch auf die jeweiligen Entwicklungen auf Landes- und Gemeindeebene, wobei insoweit schwerpunktmäßig eine Bezugnahme auf das Bundesland Oberösterreich stattfindet.

50 Euro, XVII und 438 Seiten, gebunden, ISBN 978-3-902883-26-1

I. Bundesgesetzblatt

[BGBl II 365/2015](#)

Verordnung der Rundfunk und Telekom Regulierungs-GmbH, mit der die **Nummernübertragungsverordnung 2012** geändert wird

[BGBl II 372/2015](#)

Verordnung der Bundesministerin für Gesundheit, mit der die **Gesundheits- und Krankenpflege-Lehr- und Führungsaufgaben-Verordnung** geändert wird (GuK-LFV-Novelle 2015)

[BGBl II 373/2015](#)

Verordnung der Bundesministerin für Gesundheit zur Änderung der ELGA-Verordnung 2015 (**ELGA-Verordnungsnovelle 2015** – ELGA-VO-Nov 2015)

[BGBl II 374/2015](#)

Verordnung der Finanzaufsichtsbehörde (FMA) über die Informationspflichten für die Krankenversicherung nach Art der Lebensversicherung (**Krankenversicherung Informationspflichtenverordnung** – KV-InfoV)

[BGBl II 376/2015](#)

Verordnung der Bundesministerin für Gesundheit über den **52. Nachtrag zum Arzneibuch**

[BGBl III 173/2015](#)

Änderungen in Anlage III des **Rotterdam Übereinkommens** über das Verfahren der vorherigen Zustimmung nach Inkraftsetzung für bestimmte **gefährliche Chemikalien** sowie Pestizide im **internationalen Handel**

II. Amtsblatt der EU

[ABl L 307 v 25.11.2015, 1](#)

Mitteilung über das Inkrafttreten des **Freihandelsabkommens** zwischen der **Europäischen Union** und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der **Republik Korea** andererseits

[ABl L 308 v 25.11.2015, 1](#)

Verordnung (EU) 2015/2102 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 28. Oktober 2015 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr 1343/2011 über **Vorschriften** für die **Fischerei** im **Übereinkommensgebiet der GFCM** (Allgemeine Kommission für die Fischerei im Mittelmeer)

[ABl L 310 v 26.11.2015, 1](#)

Verordnung (EU) 2015/2120 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. November 2015 über Maßnahmen zum **Zugang zum offenen Internet** und zur Änderung der Richtlinie 2002/22/EG über den Universaldienst und **Nutzerrechte bei elektronischen Kommunikationsnetzen und -diensten** sowie der Verordnung (EU) Nr 531/2012 über das **Roaming** in öffentlichen Mobilfunknetzen in der Union

III. Verfassungs- und Verwaltungsgerichtshof, Verwaltungsgerichte

A. Verfassungsgerichtshof

07.10.2015, [G 372/2015](#)

VerbandsverantwortlichkeitsG; Zurückweisung eines **Parteiantrags** auf Aufhebung von Bestimmungen des VerbandsverantwortlichkeitsG mangels Vorliegens einer entschiedenen Rechtssache

07.10.2015, [E 720/2015](#); [E 253/2015](#)

Ktn Flurverfassungs-LandesG; Anlassfall zu VfGH 24.09.2015, [G 176/2015 ua](#)

07.10.2015, [E 1279/2015](#)

B-VG; **VwGG**; Ablehnung der Behandlung einer Beschwerde wegen behaupteter Verletzung im Recht auf ein Verfahren vor dem gesetzlichen Richter infolge **unrechtmäßiger Verweigerung einer Sachentscheidung** durch das BVwG; Fragen der **Zuständigkeit der Verwaltungsgerichte**, im Hinblick auf die seit der Verwaltungsgerichtsbarkeits-Novelle 2012 bestehende Zuständigkeit des VfGH zur Entscheidung von Kompetenzkonflikten zwischen Verwaltungsgerichten, dem **VwGH zur Klärung überlassen**

09.10.2015, [E 1595/2015](#)

Sbg Flurverfassungs-LandesG; Verletzung im Recht auf ein Verfahren vor einem unabhängigen und unparteiischen Gericht durch eine Entscheidung des LVwG Salzburg über eine Beschwerde betreffend ein **Zusammenlegungsverfahren** wegen Zweifel an der **Unabhängigkeit** eines dem Gericht angehörenden **fachkundigen Laienrichters** aufgrund seiner untergeordneten Stellung gegenüber dem Leiter der erstinstanzlichen Agrarbehörde

23.11.2015, [W I 3/2015](#)

Vbg GemeindewahlG; Ungültigkeit der **Bürgermeister-Stichwahl in Bludenz** (Vbg); **Unregelmäßigkeiten** in Zusammenhang mit der **Beantragung und Ausstellung von Wahlkarten**; rechtswidrige Beantragung und Ausstellung von Wahlkarten für andere Personen durch Parteifunktionäre in über 60 Fällen

23.11.2015, [W I 4/2015](#)

Vbg GemeindewahlG; Ungültigkeit der **Bürgermeister-Stichwahl in Hohenems** (Vbg); **Unregelmäßigkeiten** in Zusammenhang mit der **Beantragung und Ausstellung von Wahlkarten**; rechtswidrige Beantragung und Auslieferung von Wahlkarten für Familienangehörige sowie rechtswidrige „Sammelbestellung“ von Wahlkarten für Heimbewohner

B. Verwaltungsgerichtshof

14.10.2015, [2013/04/0118](#)

GewO; Antrag auf Feststellung, dass der **Betrieb einer Biomasse-Heizungsanlage** nicht unter die Bestimmungen der GewO fällt; es besteht **kein Rechtsanspruch auf bescheidmäßige Feststellung**, dass eine Tätigkeit nicht den Bestimmungen der GewO unterliegt; Verfahren nach § 348 Abs 1 GewO ist nur von Amts wegen durchzuführen

14.10.2015, [2013/17/0482](#)

ZustellG; zwingende Voraussetzung für die **Vornahme einer Ersatzzustellung an einen Arbeitnehmer** gem § 16 Abs 2 ZustellG ist das Vorliegen eines Dienstverhältnisses; es kommt darauf an, ob Merkmale der Abhängigkeit bzw Unselbständigkeit im Zeitpunkt der zu beurteilenden Zustellungen vorlagen; diesbezügliche Feststellungen wurden nicht getroffen

14.10.2015, [Ro 2014/04/0051](#)

GewO; Betrieb einer Landwirtschaft in Form einer Mastschweinehaltung; ca 90% der Mastschweine werden im Betrieb weiterverarbeitet; Vorwurf der **Ausübung des Fleischergewerbes** ohne die dafür erforderliche Gewerbeberechtigung; der Ausnahmetatbestand des § 2 Abs 4 Z 1 GewO ist ggst nicht erfüllt; eine exakte quantitative Grenzziehung hinsichtlich der wirtschaftlichen Unterordnung kann es im Bereich des **Nebengewerbes der Bearbeitung und Verarbeitung** gem § 2 Abs 4 Z 1 GewO nicht geben; Verpflichtung des UVS zur Durchführung einer mündlichen Verhandlung

28.10.2015, [2012/10/0104](#)

UniversitätsG; amtswegige **Abberufung des Rektors** der Alpen-Adria-Universität Klagenfurt aufgrund schwerer Pflichtverletzungen; aus dem Fehlen von Niederschriften von Rektoratsbeschlüssen alleine kann nicht darauf geschlossen werden, dass das **Vier-Augen-Prinzip des § 22 Abs 6 UniversitätsG** missachtet wurde; die beantragte Vernehmung der Vizerektoren als Zeugen wäre daher grundsätzlich geeignet gewesen, zur Feststellung des maßgeblichen Sachverhalts beizutragen, weshalb die Unterlassung der Einvernahme zur Mangelhaftigkeit des Verfahrens führt

28.10.2015, [2012/10/0137](#)

NÖ NaturschutzG; Zurückweisung eines Antrags auf **Durchführung einer Naturverträglichkeitsprüfung** im Hinblick auf den „Naturversuch Bad Deutsch Altenburg, Strom-km 1887,5- 1884,5“ mangels Parteistellung des Bf; die Auffassung des Bf, die Behörde hätte aufgrund des Anwendungsvorrangs des Unionsrechts die einschlägigen Bestimmungen des NÖ NaturschutzG unangewendet zu lassen gehabt und dem Bf im ggst Verfahren die **Parteistellung** einräumen müssen, trifft nicht zu

28.10.2015, [2013/10/0214](#)

ForstG; UVP-G; forstrechtliche Bewilligung im Zusammenhang mit der Errichtung und des Betriebs eines Umspannwerks samt 110-kV-Freileitung; mit Bescheid des unabhängigen Umweltsenats wurde festgestellt, dass für das ggst Vorhaben keine UVP durchzuführen sei; durch die **ex-tunc wirkende Aufhebung** dieses Bescheids wegen Rechtswidrigkeit liegt nunmehr im Zeitpunkt der Erlassung des angefochtenen Bescheids **kein rechtskräftiger (negativer) UVP-Feststellungsbescheid** mehr vor, weshalb der **forstrechtlichen Bewilligung** die Rechtsgrundlage entzogen wurde

28.10.2015, [2013/10/0215](#)

Oö NaturschutzG; VStG; Vorwurf eines verbotenen Eingriffs in das Landschaftsbild und den Naturhaushalt durch die Errichtung eines Weges; Mangelhaftigkeit des Verfahrens aufgrund des unrechtmäßigen Absehens von einer **Berufungsverhandlung**; keine Feststellung, ob die **Voraussetzungen für einen schlüssigen Verzicht** auf die Durchführung einer Verhandlung vorlagen

28.10.2015, [Ra 2014/10/0004](#)

Lebensmittelsicherheits- und VerbraucherschutzG; die Zweckwidmung des Produkts für die Hintanhaltung von Folgeerkrankungen von bereits kranken Personen steht der **Einstufung als diätetisches Lebensmittel für besondere medizinische Zwecke** nicht entgegen

28.10.2015, [Ro 2014/10/0049](#)

Bgld Naturschutz- und LandschaftspflegeG; die Beurteilung, ob durch einen Eingriff in den Landschaftscharakter das Landschaftsbild verunstaltet wird, setzt entsprechende Tatsachenfeststellungen über den Landschaftscharakter, das Landschaftsbild und die Beschaffenheit des Vorhabens voraus; erst die umfassende Darstellung der vom Vorhaben ausgehenden Auswirkungen auf die den Landschaftscharakter ausmachenden und das Landschaftsbild prägenden Elemente lässt eine Antwort auf die Frage einer **Verunstaltung des Landschaftsbilds** zu

29.10.2015, [2013/07/0136](#)

WasserrechtsG; die **Erhaltungspflicht eines Wasserberechtigten** gem § 50 Abs 1 WasserrechtsG besteht nur dann, wenn es sich bei dem in Rede stehenden Bereich um Anlagen iSd par cit handelt; die ggst Anlagenbeschreibung erweckt den Eindruck einer lediglich demonstrativen Beschreibung der Wehranlage selbst, die keinen Rückschluss darauf zulässt, ob der ggst Uferbereich Teil der Anlage iSd § 50 WasserrechtsG ist oder nicht

30.10.2015, [Ra 2015/03/0051](#)

EisenbahnG; AVG; Auffassung einer Eisenbahnkreuzung mittels Bescheid des Landeshauptmanns; am **normativen Charakter** der ohnehin als „Bescheid“ **bezeichneten Entscheidung** besteht kein Zweifel; die verwendete Überschrift „Hievon werden verständigt:“ kann nur als Zustellverfügung idS verstanden werden, dass damit insb die rw Partei als Adressat dieses Bescheids fixiert wird, zumal auch im Spruch auf deren Antrag Bezug genommen wird

C. Verwaltungsgerichte

LVwG NÖ 24.07.2015, [LVwG-S-56/001-2015](#)

VwGVG; nach § 7 Abs 3 VwGVG kann ein Bf, dessen **Parteistellung im Verwaltungsverfahren** überhaupt nicht thematisiert wurde und der auch tatsächlich dem Verwaltungsverfahren nicht beigezogen wurde, nicht direkt Beschwerde an das VwG erheben

IV. Gerichtshof der Europäischen Union

A. Gerichtshof

[26.11.2015, Rs C-166/14, MedEval](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Öffentliche Aufträge** – Richtlinie 89/665/EWG – **Grundsätze** der **Effektivität** und der **Äquivalenz** – **Nachprüfungsverfahren** im Rahmen der Vergabe öffentlicher Aufträge – Rechtsbehelfsfrist – Nationale Regelung, die die Schadensersatzklage von der vorherigen Feststellung der Rechtswidrigkeit des Verfahrens abhängig macht – Ausschlussfrist, die unabhängig von der Kenntnis des Antragstellers von der Rechtswidrigkeit zu laufen beginnt

[26.11.2015, Rs C-326/14, Verein für Konsumenteninformation](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Richtlinie 2002/22/EG – **Elektronische Kommunikationsnetze und -dienste** – Rechte der Nutzer – Recht der Teilnehmer, ihren Vertrag ohne Zahlung von Vertragsstrafen zu widerrufen – **Tarifänderung**, die sich aus den Vertragsbedingungen ergibt – **Erhöhung des Entgelts** im Fall eines Anstiegs des Verbraucherpreises

[26.11.2015, Rs C-345/14, Maxima Latvija](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Wettbewerb** – Art 101 Abs 1 AEUV – Anwendung einer entsprechenden nationalen Vorschrift – **Zuständigkeit** des **Gerichtshofs** – Begriff ‚Vereinbarung, die eine Einschränkung des Wettbewerbs bezweckt‘ – **Geschäftsraummietverträge** – Einkaufszentren – Recht des Referenzmieters, der Vermietung von Gewerbeflächen durch den Vermieter an Dritte zu widersprechen

[26.11.2015, C-487/14, Total Waste Recycling](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Umwelt – **Abfälle** – **Verbringung** – Verordnung (EG) Nr 1013/2006 – Verbringung innerhalb der Europäischen Union – Anderer Eingangsort als in der Notifizierung und der vorherigen Zustimmung vorgesehen – Erhebliche Änderung der Einzelheiten der Abfallverbringung – Illegale Verbringung – Verhältnismäßigkeit der **Geldbuße**

[26.11.2015, Rs C-509/14, Aira Pascual ua](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Richtlinie 2001/23/EG – Art 1 Abs 1 – **Übergang von Unternehmen** – Wahrung von **Ansprüchen der Arbeitnehmer** – Pflicht zur Übernahme der Arbeitnehmer durch den Erwerber – Öffentliches Unternehmen, das mit einer **öffentlichen Dienstleistung** betraut ist – Erbringung der Dienstleistung durch ein anderes Unternehmen auf der Grundlage eines Vertrags über die Erbringung öffentlicher Dienstleistungen – Entscheidung, diesen Vertrag nach seinem Ablauf nicht zu verlängern – Wahrung der Identität der wirtschaftlichen Einheit – Tätigkeit, bei der es im Wesentlichen auf die Ausrüstung ankommt – **Nichtübernahme des Personals**

[26.11.2015, Rs C-44/15, Duval](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Zollunion** und Gemeinsamer Zolltarif – **Tarifierung** – Kombinierte Nomenklatur – Position 9025 – Begriff ‚Thermometer‘ – Anzeiger für die Exposition gegenüber einer zuvor festgelegten Ansprechtemperatur zur einmaligen Verwendung

B. Schlussanträge

[25.11.2015, Rs C-332/14, Wolfgang und Wilfried Rey Grundstücksgemeinschaft GbR \(GA Mengozzi\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Steuerrecht – Mehrwertsteuer – **Recht auf Vorsteuerabzug** – Gegenstände und Dienstleistungen, die sowohl für steuerbare als auch für steuerbefreite Umsätze verwendet werden – **Vermietung eines Gebäudes zu Geschäfts- und zu Wohnzwecken** – Berechnung des Pro-rata-Satzes des Steuerabzugs nach dem Umsatz, der auf die Mieter von Geschäftsräumen entfällt – Nationale Regelung, nach der sich der Pro-rata-Satz nach der Fläche des Gebäudes berechnet, die auf diese Mieter entfällt – **Rückwirkung** – Rechtssicherheit – Vertrauensschutz

[25.11.2015, Rs C-396/14, MT Højgaard und Züblin \(GA Mengozzi\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Art 267 AEUV – Zuständigkeit des Gerichtshofs – **Eigenschaft** der vorlegenden Einrichtung als ‚**Gericht**‘ – **Unabhängigkeit** – Richtlinie 2004/17/EG – Öffentliche Aufträge – Verhandlungsverfahren – Grundsatz der Gleichbehandlung – Änderung einer Gruppe von Wirtschaftsteilnehmern während des **Vergabeverfahrens** – Vergabe des Auftrags an ein nicht vorausgewähltes Unternehmen

[25.11.2015, Rs C-441/14, DI \(GA Bot\)](#)

Vorabentscheidungsersuchen – **Sozialpolitik** – Richtlinie 2000/78/EG – Verbot der **Diskriminierung wegen des Alters** – Grundsätze der Rechtssicherheit und des Vertrauensschutzes – Rechtsstreit zwischen Privaten – Rolle des nationalen Richters – Verpflichtung zur **unionsrechtskonformen Auslegung** – Auslegung contra legem

[26.11.2015, Rs C-613/13 P, C-609/13 P, C-625/13 P, C-636/13 P und C-644/13 P, Duravit ua / Kommission, Kommission / Keramag Keramische Werke ua et Sanitec Europe, Villeroy & Boch / Kommission, Roca Sanitario / Kommission \(GA Wathelet\)](#)

Rechtsmittel – **Kartelle** – Belgischer, deutscher, französischer, italienischer, niederländischer und österreichischer Markt für Badezimmerausstattungen – Koordinierung der Verkaufspreise und **Austausch sensibler Geschäftsinformationen** – **Widersprüche** zwischen **Parallelurteilen** des Gerichts – Geldbuße – Schwere der Zuwiderhandlung – Nichtdiskriminierung

[26.11.2015, Rs C-660/13, Rat / Kommission \(GA Sharpston\)](#)

Beschluss der Kommission über die Billigung eines Nachtrags zu einer Vereinbarung mit einem Drittstaat und die Ermächtigung zur Unterzeichnung der Vereinbarung – Art 16 EUV und 17 EUV – Jeweilige **Befugnisse** des **Rates** der Europäischen Union und der Europäischen **Kommission** – Art 13 Abs 2 EUV – **Grundsatz der loyalen Zusammenarbeit** – Art 263 AEUV – Zulässigkeit

[26.11.2015, Rs C-522/14, Sparkasse Allgäu \(GA Szpunar\)](#)

Niederlassungsfreiheit – Regelungen eines Mitgliedstaats, die Banken verpflichten, Steuerbehörden für Zwecke, die mit der **Erhebung der Erbschaftsteuer** zusammenhängen, über **Vermögenswerte verstorbener Kunden** zu informieren – Anwendung dieser Regelungen auf Zweigstellen in einem anderen Mitgliedstaat, in dem die Übermittlung solcher Informationen wegen des **Bankgeheimnisses** untersagt ist

C. Gericht

[26.11.2015, Rs T-181/14, Nürburgring / OHMI - Biedermann \(Nordschleife\)](#)

Gemeinschaftsmarke – **Widerspruchsverfahren** – Anmeldung der Gemeinschaftswortmarke Nordschleife – Ältere nationale Wortmarke Management by Nordschleife – Relatives Eintragungshindernis – **Verwechslungsgefahr** – Art 8 Abs 1 Buchst b der Verordnung (EG) Nr 207/2009

V. Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte

Keine relevanten Entscheidungen im Berichtszeitraum.

[Newsletter ÖER Aktuell kostenlos abonnieren](#)

[Rundbrief Polizeirecht Aktuell kostenlos abonnieren](#)

Disclaimer

Bundgesetzblatt: BGBl I vollständig; im Übrigen erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Amtsblatt der EU: Aufgenommen werden sämtliche „Gesetzgebungsakte“; bei den „Rechtsakten ohne Gesetzescharakter“ sowie den „Mitteilungen und Bekanntmachungen“ erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Verfassungsgerichtshof: Erkenntnisse (mit Ausnahme von „Serien“) vollständig, bei den Beschlüssen erfolgt eine Auswahl nach Relevanz.*

Verwaltungsgerichtshof und Verwaltungsgerichte: Auswahl nach Forschungsschwerpunkten der Institute (insb Baurecht, Energierecht, Gewerberecht, Hochschulwesen, Polizeirecht, Raumordnung, Technikrecht, Umweltrecht, Verwaltungsverfahren, Verwaltungsstrafrecht, Verwaltungsgerichtsbarkeit, Entscheidungen mit europarechtlicher Relevanz), Aktualität und Relevanz.

Gerichtshof der EU: Vollständige Auflistung der Urteile und Schlussanträge.*

Gericht der EU: Aufgenommen werden sämtliche Urteile mit Österreich-Bezug sowie Nichtigkeitsklagen gem Art 263 AEUV.*

Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte: Urteile der Großen Kammer vollständig, Urteile und Beschlüsse einer Kammer mit Österreich-Bezug vollständig, sonstige Entscheidungen nach Aktualität und Relevanz.

* Die amtliche Auswertung (Leitsätze) des jeweiligen Gerichts wird wörtlich übernommen.

Impressum

Herausgeber/Medieninhaber: Institut für Europarecht, Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre, Johannes Kepler Universität Linz, Altenberger Straße 69, A-4040 Linz.

Redaktion: Assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler, Assoz. Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer (Leitung); Hofrat Dr. Alfred Grof (Landesverwaltungsgericht Oberösterreich); Univ.-Ass. Mag. Sandra Grafeneder, Univ.-Ass. Mag. Bianca Wögerbauer, Univ.-Ass. Mag. Claudia Höbarth; Univ.-Ass. Mag. Beate Sündhofer, Univ.-Ass. Mag. Sebastian Mauernböck, Mag. Matthäus Schmied, Wiss.-Mit. Sarah Heiml

Hinweis: Es wird darauf hingewiesen, dass alle Angaben im Newsletter ÖER Aktuell trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr erfolgen und eine Haftung der Herausgeber, der Redaktion oder sonstiger Personen ausgeschlossen ist.